

Ressort: Politik

GEW lehnt "Rechtsstaatsklassen" für Kinder von Flüchtlingen ab

Frankfurt/Main, 07.05.2018, 15:41 Uhr

GDN - Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) lehnt die aus den Reihen der Union geforderten "Rechtsstaatsklassen" für Kinder von Flüchtlingen ab. "Das ist kontraproduktiv, weil die Schülerinnen und Schüler separiert statt integriert werden", sagte die GEW-Bundesvorsitzende Marlis Tepe der "Neuen Osnabrücker Zeitung"(Dienstagsausgabe).

Das Themenfeld könne im Sprachunterricht bearbeitet werden. Die GEW erwarte, dass die Bundesregierung das Recht auf Bildung für alle Kinder und Jugendlichen so schnell wie möglich umsetze. Dabei komme es darauf an, im gemeinsamen Unterricht Fragen von rechtlichen Normen, Ethik, Religionen und Werten zu behandeln. "In Deutschland muss über die Frage eines gemeinsamen Faches neu nachgedacht werden", forderte Tepe. Zurzeit würden diese Fragen in Fächern wie Religion, Ethik, Gesellschaftskunde, Geschichte oder Philosophie bearbeitet. Kritisch bewertet die GEW-Chefin auch, dass geflüchtete Kinder und Jugendlichen derzeit erst nach einer längeren Wartezeit Schulunterricht bekämen. "Hier sind weitere Anstrengungen nötig", forderte Tepe.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-105766/gew-lehnt-rechtsstaatsklassen-fuer-kinder-von-fluechtlingen-ab.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com